

9. Mai 2019

#10 / 2019

iwd

ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft

G 4120

#EUHaushalt
#Finanzmarkt
#Migration
#Währungsunion
#Cybersicherheit

#Europawahl 2019

Europäische Union. Vom 23. bis 26. Mai 2019 sind mehr als 500 Millionen EU-Bürger aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Auf die Abgeordneten kommt viel Arbeit zu, schließlich hat die EU in nächster Zeit unter anderem zu klären, wofür sie bis 2027 Geld ausgeben möchte, wie sie den Knoten in der Flüchtlingspolitik lösen will und wie sie die Währungsunion vor einer neuen Krise schützen kann. Umso wichtiger ist, dass die Europawahl frei und fair verläuft – was die EU hierfür tut, erläutert die SPD-Europaabgeordnete Petra Kammerevert im iwd-Interview.



Sechs Fakten zu Europa



#BIP

Die EU zählt zu den größten **Wirtschaftsräumen** der Welt.

#Freihandel

Die EU hat bislang 35 **Freihandelsabkommen** mit anderen Staaten geschlossen, darunter eines mit **Südkorea**, das seit Mitte 2011 gilt.

in Milliarden Euro

Warenexporte nach Südkorea ...

... aus der EU
2010 **28,0** / 2017 **50,1** →

... aus Deutschland
2010 **10,2** / 2017 **18,0** →

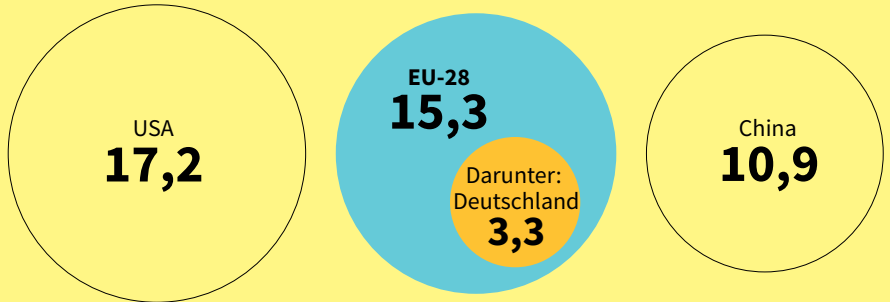
Warenimporte aus Südkorea ...

... in die EU
→ 2010 **39,5** / 2017 **51,7**

... nach Deutschland
→ 2010 **9,9** / 2017 **9,6**

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 in Billionen Euro



Quelle: Weltbank
© 2019 IW Medien / iwd



#Binnenmarkt

Zwei Drittel des gesamten EU-Warenverkehrs entfallen auf den Handel der Mitgliedsländer untereinander.

im Jahr 2018 in Milliarden Euro



Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

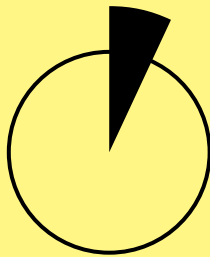
#Arbeitnehmerfreizügigkeit

In der EU leben und arbeiten **rund 17 Millionen EU-Bürger außerhalb ihres Heimatlands**, gut 2 Millionen davon in der Bundesrepublik.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland im Juni 2018 mit einer anderen EU-Staatsbürgerschaft

Polen	419.400	Insgesamt 2.116.600 Hinzu kommen rund 236.000 Kleinunternehmer und Selbstständige in Deutschland mit einem Pass aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat.
Rumänen	348.000	
Italiener	266.900	
Kroaten	177.400	
Griechen	144.700	
Bulgaren	124.800	
Ungarn	103.600	
Franzosen	81.200	
Spanier	69.200	
Österreicher	64.300	
Übrige EU-Länder	317.100	

Quellen:
Bundesagentur für Arbeit,
Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

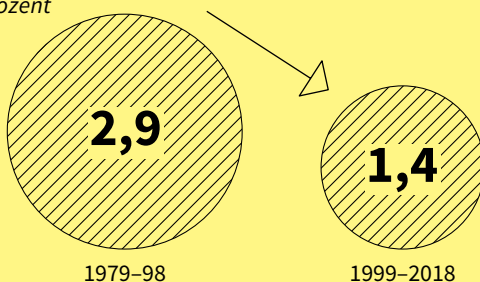


leben in den **EU-Mitgliedsstaaten** – das sind **knapp 7 Prozent** der Weltbevölkerung.

#Euro

Als 2002 der Euro als Bargeld eingeführt wurde, befürchteten viele Bundesbürger steigende Preise. Tatsächlich erweist sich die Gemeinschaftswährung als sehr stabil.

Durchschnittliche jährliche Inflationsrate in Deutschland in Prozent



bis 1990: Westdeutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2019 IW Medien / iwd

iwd



Foto: Unternehmer.nrw

„**Pro-Europäer sind in der Mehrheit**“

Interview. Populisten haben bei der anstehenden Europawahl keine Chance, glaubt **Arndt G. Kirchhoff**, Unternehmer und Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Müssen wir Angst vor dem Erstarken populistischer Parteien bei der Europawahl haben?

Nicht, wenn wir für eine hohe Wahlbeteiligung sorgen. Wir wissen, dass der Anteil der Radikalen am linken und rechten Rand zusammen in allen Ländern bei 20 Prozent liegt. Und die wollen ein ganz anderes Europa. Wenn aber die Pro-Europäer – und das ist aus meiner Sicht die große Mehrheit – zur Wahl gehen, dann hat unser Kontinent auch kein Problem. Dann bleibt Europa demokratisch. Und deshalb sage ich: Wir dürfen uns Europa nicht durch Populisten zerstören lassen, denn dafür ist die Europäische Einigung viel zu wertvoll.

Warum ist ein einziges Europa für uns so wichtig?

Die Europäer werden in der Welt nur dann Gewicht und Einfluss haben, wenn sie geschlossen auftreten. Gelingt das nicht, wird auch Deutschland im weltweiten Maßstab an Bedeutung verlieren. Wir repräsentieren gerade mal 1 Prozent der Weltbevölkerung. Da darf man sich nichts vormachen. Ein Markt mit 500 Millionen Menschen ist eine andere Hausnummer als ein Markt mit 80 Millionen. Und nur gemeinsam wird es uns gelingen, unsere Werte in der Welt durchzusetzen. Denn die wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen sind immens.

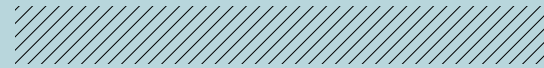
Steht die EU in zehn Jahren stärker da als heute?

Ich bin da ganz zuversichtlich, weil die gegenwärtige Debatte um Europa auch die Sinne schärft. Wir haben schließlich etwas Wertvolles zu verlieren. Wenn es gelingt, Europa besser, die Entscheidungsprozesse transparenter und die Verantwortlichkeiten der Institutionen erkennbarer zu machen, dann gehen wir den richtigen Weg.

Europa wird sich auch wieder mehr um die großen Zukunftsfragen kümmern müssen: die Stärkung unserer gemeinsamen Werte, unseren Einsatz für Frieden und Freiheit. Das alles können wir hinkriegen, aber nur gemeinsam.

Die Langfassung des Interviews gibt es unter aktiv-online.de/kirchhoff

#EUHaushalt



Wie viel darf Europa kosten?

EU-Haushalt. Die Europäische Union muss demnächst ihren Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 festzurren. Die deutschen Parteien haben unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie viel Geld die EU künftig ausgeben soll.

Auch wenn die Brexit-Debatte zuletzt alles überlagert hat, kommt die EU nicht umhin, auch andere Weichen zu stellen. Spätestens 2020 sollten sich die Mitgliedsstaaten auf den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einigen, der die Obergrenzen für die jährlichen Haushalte bis 2027 vorgibt. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag präsentiert (Grafik):

Der künftige MFR soll ein Volumen von knapp 1.135 Milliarden

Euro haben – das wären laut Europäischem Parlament real 5 Prozent mehr als bisher.

Die Gesamtsumme entspräche 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der künftigen EU-27. Dies kritisieren die Europa-Parlamentarier als zu wenig und fordern ein Volumen von 1,3 Prozent.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** plädieren dafür, dass Deutschland mehr Geld für den EU-Haushalt aufbringt. Die Aufstockung des Etats halten die Grünen laut ihrem fast 200 Seiten starken Wahlprogramm für geboten, damit zum Beispiel die Sozial- und die Energieunion adäquat finanziert werden können.

Die **SPD** spricht sich ebenfalls für höhere Beiträge Deutschlands aus, um unter anderem den Ausbau der

öffentlichen Güter wie Bildung, Gesundheit und Personennahverkehr zu fördern.

Die **CDU** betont in ihrem nur 26 Seiten umfassenden Wahlprogramm, die Haushaltsmittel sollten auf Zukunftsaufgaben konzentriert werden, mit denen die EU einen Mehrwert gegenüber nationalem Handeln schaffen könnte. Allerdings lehnen die Christdemokraten die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Kürzungen im Agrarbereich ab – und das, obwohl die Vergabe von Agrarsubventionen nicht zwingend Aufgabe der EU ist.

Auch die **FDP** will Geld vor allem dort ausgeben, wo ein Mehrwert für die gesamte EU möglich ist – zum Beispiel in den Bereichen Forschung, Infrastruktur, Sicherheit und Klimaschutz. Die Zahlungen für die Agrar- sowie die Struktur- und Kohäsionspolitik könnten dagegen sinken.

Finanzieren soll sich die EU der FDP zufolge wie bisher im Wesentlichen aus Zöllen sowie BNE-bezogenen Beiträgen. Neue Einnahmequellen wie eine Finanztransaktionssteuer lehnen die Liberalen ab. Zugleich möchten sie alle Beitragsermäßigungen abschaffen. Mit dem Brexit wäre der Britenrabatt ohnehin obsolet, aber auch Deutschland und andere Länder profitieren bislang von Beitragsnachlässen.

Die **Linkspartei** wiederum will unter anderem Armut stärker bekämpfen und deshalb die Mittel für die europäische Regional- und Strukturpolitik aufstocken.

EU: Mehr Geld für die Verteidigung

So viele Milliarden Euro an Verpflichtungen soll der mehrjährige Finanzrahmen für 2021 bis 2027 laut EU-Kommission umfassen

■ Veränderung gegenüber dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 in Prozent

Insgesamt	1.134,6	5
darunter:		
Landwirtschafts- und Fischereipolitik	330,7	-15
Regionale Entwicklung und Kohäsion	242,2	-11
Binnenmarkt, Innovation und Digitales	166,3	43
Nachbarschaft und Welt	108,9	13
Verwaltung	75,6	7
Migration und Grenzmanagement	30,8	207
Verteidigung	17,2	2.895

Alle Angaben für die EU-27, also ohne das Vereinigte Königreich, in Preisen von 2018
Finanzrahmen 2014 bis 2020: einschließlich Europäischer Entwicklungsfonds

Quelle: Europäisches Parlament
© 2019 IW Medien / iwd

#Finanzmarkt

Green Bonds. Mit einheitlichen Standards will die EU den Markt für nachhaltige Anleihen transparenter gestalten. Doch die Unterscheidung zwischen grünen und nicht grünen Investments ist gar nicht so einfach.

Vor gut zehn Jahren haben die Europäische Investitionsbank und die Weltbank die ersten Green Bonds herausgegeben. Die eingesammelten Gelder dürfen sie nur für Projekte verwenden, die bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, also etwa den Klimawandel bremsen. Die Nachfrage nach diesen Investments ist rasant gewachsen (Grafik):

Das weltweite Emissionsvolumen von Green Bonds betrug 2018 gut 167 Milliarden Dollar – 2007 waren es erst 0,8 Milliarden Dollar.

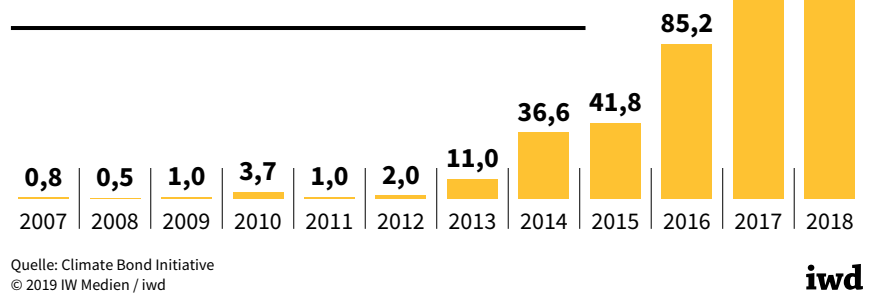
Da mehr als ein Drittel des Emissionsvolumens von Green Bonds 2018 von europäischen Emittenten stammt, hat sich die EU-Kommission zum Ziel gesetzt, einen einheitlichen Standard für die EU zu entwickeln, um den Markt für Investoren transparenter zu gestalten. Hintergrund ist nicht zuletzt, dass die Kommission private Anleger braucht, denn die notwendigen Investitionen in den Klimaschutz lassen sich nicht allein aus öffentlichen Geldern stemmen.

Gleichwohl besteht die Gefahr, dass sich der grüne Anleihemarkt nicht mehr organisch entwickelt, sondern stark durch politische Vorgaben bestimmt wird. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft müsste der

EU setzt auf Nachhaltigkeit

Green Bonds: Stark wachsendes Finanzprodukt

Weltweites Emissionsvolumen von nachhaltigen Anleihen in Milliarden Dollar



Markt um das 42-Fache wachsen, um die Klimaschutzziele zu erreichen – es ist unrealistisch, dass der Finanzsektor ein solches Volumen nachfragt. Die Politik könnte deshalb versucht sein, die Nachfrage über Regulierungen künstlich zu erzeugen.

Die Politik kann zudem Einfluss auf das Angebot an Green Bonds nehmen – zum Beispiel über die Einteilung in grüne und nicht grüne Projekte. So könnte sie zum Beispiel die Produktion eines Fahrzeugs mit Elektroantrieb als grünes Projekt definieren, während die Herstellung von Batterien vermutlich nicht als nachhaltig durchgeht. Was aber ist mit Autobatterien für E-Autos? Ökonomisch gesehen müssten deren Produzenten ebenfalls grüne Anleihen emittieren dürfen. Man kann in der Produktionskette sogar noch

weiter zurückgehen und fragen, ob nicht auch die Hersteller der Chemikalien für die Autobatterie Green Bonds emittieren dürfen. Mit anderen Worten: Ein grünes Produkt ist häufig die Summe aus nicht grünen Produkten.

Eine weitere Nebenwirkung: Da einige Unternehmen aufgrund ihrer Erzeugnisse keine Green Bonds emittieren können und ihre normalen Anleihen wegen der neuen Regulierungen auf geringe Nachfrage stoßen, wird die Herausgabe von Anleihen möglicherweise unattraktiv. Dies wäre vor allem bei Unternehmen mit hohem CO₂-Ausstoß der Fall: Sie könnten zwar in neue Technologien investieren, die ihren Ausstoß verringern – dürfen aber zur Finanzierung dieser Investitionen keine Green Bonds emittieren.

#Migration

Zankapfel Flüchtlingspolitik

Zuwanderung. Der Streit über den Umgang mit den Flüchtlingen, die sich über das Mittelmeer Richtung Europa aufmachen, wirft ein schlechtes Licht auf die EU-Migrationspolitik. Bei anderen Zuwanderergruppen gelingt die Zusammenarbeit der Staaten dagegen besser.

Wer sich mit europäischer Migrationspolitik beschäftigt, muss wissen, dass diese ausschließlich die Zuwanderung von Menschen aus Drittstaaten regelt. Die Freizügigkeit, die für EU-Bürger, Isländer, Liechtensteiner, Norweger und Schweizer gilt, fällt nicht darunter – sie wird auf EU-Ebene der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zugeordnet, für die die Generaldirektion „Beschäftigung, Soziales und Integration“ zuständig ist. Die Zuwanderung aus Drittstaaten dagegen regelt die Generaldirektion „Migration und Inneres“.

Laut Eurostat sind im Jahr 2017 rund 2,4 Millionen Personen aus Nicht-EU-Ländern in eines der 28 Mitgliedsländer zugezogen. Abzüglich der Fortgezogenen kommt man auf eine Nettozuwanderung von knapp 1,3 Millionen Menschen. Innerhalb der EU-Länder sind fast 1,9 Millionen Personen gewandert.

Aktuell ist die Zuwanderung von außen also größer als die Binnenwanderung innerhalb der EU. Aller-

dings werden in der europäischen Statistik – anders als in der deutschen – nur Wanderungsbewegungen mit einer geplanten Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr erfasst. Daher kann die Zahl der erstmals erteilten Aufenthaltstitel auch die der Zuzüge überschreiten.

Insgesamt wurden im Jahr 2017 von den EU-Staaten 3,13 Millionen Aufenthaltstitel erstmals erteilt.

Davon entfielen 760.000 auf humanitäre und weitere Gründe (Grafik). Bei der Vergabe von Aufent-

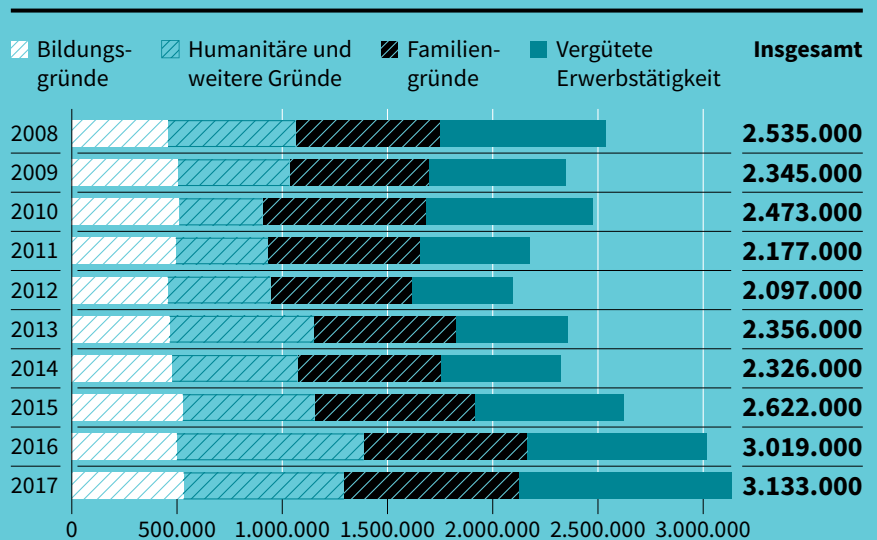
haltstiteln spielt die Aufnahme von Geflüchteten also nicht die Hauptrolle. Allerdings erfüllen viele der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, nicht die Voraussetzungen für die Anerkennung eines Schutzstatus und die Erteilung eines Aufenthaltstitels (Grafik Seite 7):

Im Jahr 2018 wurde nur in 217.000 der 582.000 erstinstanzlichen Asylentscheidungen ein Flüchtlingsschutz gewährt.

Inwieweit die abgelehnten Asylbewerber die EU tatsächlich

Zuwanderung aus Drittstaaten: Die Motive

Aus diesen Gründen erteilten die 28 EU-Länder Aufenthaltstitel für so viele Personen aus nicht europäischen Ländern

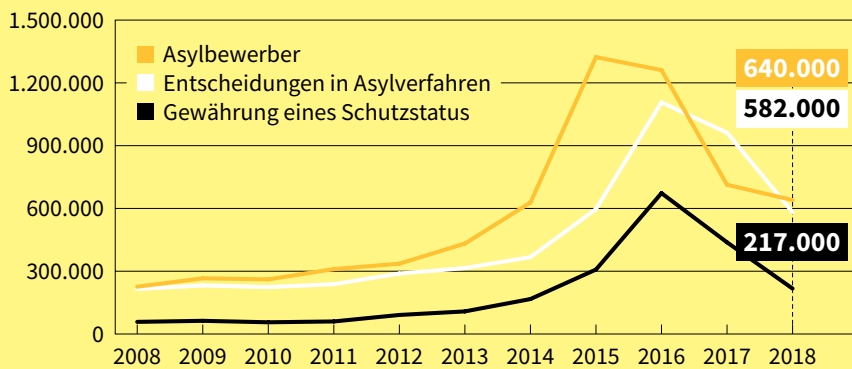


Aufenthaltstitel: befristete Einreise- und Aufenthaltserlaubnis für Ausländer aus Ländern außerhalb der EU, ohne Verlängerungen

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

Flüchtlinge: Die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren

Zahl der Asylanträge und erstinstanzlichen Entscheidungen in Asylverfahren in den 28 EU-Ländern



Erstinstanzliche Entscheidungen: Gegen diese Entscheidungen können die Geflüchteten klagen, was in Deutschland bei negativen Bescheiden sehr häufig der Fall ist.

2015 und 2016: In diesen beiden Jahren kam es insbesondere in Deutschland zu langen Wartezeiten bei der Asylantragsstellung. Die Zahl der in die EU gekommenen Geflüchteten war 2015 also deutlich höher und 2016 niedriger, als die Asylbewerberzahlen implizieren.

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

wieder verlassen, lässt sich aufgrund der mangelhaften Datenlage nicht genau sagen.

Die Zahl der Asylbewerber in der EU geht seit zwei Jahren deutlich zurück, wenngleich der Wert mit 640.000 im Jahr 2018 noch höher ausfiel als in der Zeit vor 2014. Auch die Zahl der in den EU-Ländern aufgegriffenen Drittstaatenangehörigen mit illegalem Aufenthalt ist in den vergangenen Jahren gesunken: Im Jahr 2015 waren es 2,15 Millionen Menschen, 2016 rund 980.000 und 2017 nur noch 620.000.

An den EU-Außengrenzen wurden 2017 laut Eurostat 440.000 Menschen abgewiesen, davon 200.000 in Spanien. Gegenüber den rund 14 Millionen Schengen-Visa, die die EU-Länder für die legale Einreise ausstellen, ist dies sehr wenig. Allerdings sind in den Eurostat-Zahlen nicht jene Menschen enthalten, die sich per Boot auf den Weg übers Mittelmeer machen und bereits vor Erreichen eines EU-Hafens zurück zum Ausgangspunkt gebracht werden.

Dass dennoch ausgerechnet die Flüchtlingspolitik ein zentrales Streitthema in der EU ist, hat mehrere Ursachen: Ein elementarer Punkt ist, dass sich zumindest die Mitglieder des Schengen-Raums in einer Schicksalsgemeinschaft befinden. Finden an den EU-Binnengrenzen keine Kontrollen statt, müssen für den Umgang mit Personen, die ohne gültige Papiere einreisen, gemeinsame Regeln gelten, auf die sich alle verlassen können.

Dabei führt das Dublin-System zu strukturellen Nachteilen für die Länder, die eine EU-Außengrenze haben: Demnach ist grundsätzlich das Land für das Asylverfahren zuständig, wo der Flüchtling zum ersten Mal ohne gültige Papiere den Boden der Europäischen Union betreten hat – bei den derzeitigen Fluchtrouten sind das in den meisten Fällen die Mittelmeeranrainerstaaten.

In den vergangenen Jahren wurden zwar mehrere Anläufe zur Etablierung eines neuen Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge unter-

nommen, doch letztlich sind alle Vorschläge am Widerstand einzelner Mitgliedsländer gescheitert.

Auch die zum Teil höchst unterschiedlichen Grundhaltungen der EU-Mitgliedsstaaten machen es schwer, eine gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik zu finden. Uneinigkeit besteht vor allem in der Frage, wie mit Personen umgegangen werden soll, die sich zuvor in Drittstaaten aufgehalten haben, wo sie weder politisch verfolgt noch von kriegerischen Handlungen betroffen waren – ein Umstand, der auf den Großteil der nach Europa Flüchtenden zutrifft. Erschwert werden Kompromisse auch durch das starke öffentliche Interesse, das es einzelnen Regierungen schwer macht, von ihrer jeweiligen Linie abzuweichen.

Ganz anders sieht es bei der legalen Migration aus. Hier existieren inzwischen in fast allen Bereichen EU-Richtlinien, die meist immerhin Mindeststandards festlegen. Auf EU-Ebene definierte Aufenthaltstitel sind die Blaue Karte EU für hochqualifizierte Erwerbsmigranten und die ICT-Karte für unternehmensinterne Transfers. Allerdings haben die Mitgliedsländer gewisse Gestaltungsspielräume, denn sie können bei der Vergabe dieser Titel auch nationale Regelungen nutzen. Infolgedessen war die Zahl der im Jahr 2017 erteilten Blauen Karten mit 24.300 – wovon 20.400 allein auf Deutschland entfielen – vergleichsweise gering.

Mit der anstehenden Überarbeitung der Richtlinie zur Blauen Karte EU will die EU-Kommission dies ändern und die nationalen Zugangswege für die qualifizierte Erwerbszuwanderung schließen. Dafür dürfte sich jedoch vorläufig keine Mehrheit in den Mitgliedsländern finden, sodass die legale Zuwanderung weiterhin im Zusammenspiel von europäischer und nationaler Gesetzgebung geregelt werden wird.

#Währungsunion

20 Jahre Euro

Währungsunion. *Mit der gemeinsamen Währung ist die Europäische Union einerseits spürbar zusammengewachsen – und andererseits in ihre tiefste Krise geschlittert. Ein Rückblick und ein Ausblick.*

Im Jahr 1999 wurden in zwölf EU-Ländern die Wechselkurse der nationalen Währungen zum Euro unwiderruflich festgezurr. Drei Jahre darauf kam das gemeinsame Bargeld. Inzwischen wird in 19 EU-Ländern mit dem Euro bezahlt.

Wirtschaftlich waren mit der Währungsunion viele Hoffnungen verbunden. Kein Währungs- und Wechselkursumtausch mehr, keine Wechselkursschwankungen und einfache Preisvergleiche sollten den grenzüberschreitenden Handel ankurbeln – und das hat auch funktioniert.

Doch den ärmeren südeuropäischen Ländern brachte die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht nur mehr Preisstabilität, sondern auch Kredite zu Zinssätzen,

von denen diese Staaten vorher nur träumen konnten.

Dies beflügelte zwar die Binnenwirtschaft und vor allem die Immobilienmärkte – es legte aber auch den Grundstein für die Euro-Schuldenkrise. Insbesondere Spanier, Griechen und Portugiesen konsumierten mehr, als sie produzierten, und sie importierten mehr, als sie exportierten. Die private Verschuldung nahm zu und die Leistungsbilanzdefizite wuchsen (Grafik Seite 9).

Die Euro-Krise verlief ab 2010 aber auch deshalb so dramatisch, weil zuvor die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die finanzielle Widerstandskraft der südeuropäischen Staaten geschwächt hatten. Es entwickelte sich

ein Teufelskreis aus Verlust an Kreditwürdigkeit, Sparzwang, Konjunkturerinbruch und steigender Arbeitslosigkeit.

Gerade das Zusammentreffen von sozialen Härten und dem Unvermögen der Staaten, diese finanziell abzufedern, hat der Währungsunion einen schweren Imageschaden zugefügt und populistischen Bewegungen Auftrieb gegeben.

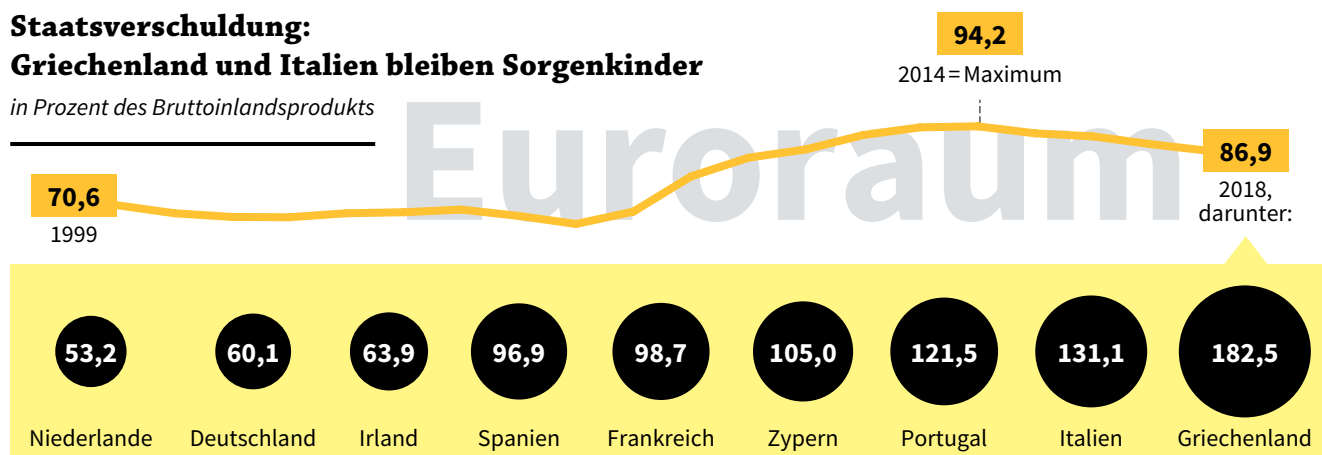
Aus der Euro-Krise erwuchs jedoch auch eine Chance – der zunehmende Reformdruck machte es möglich, die Schwachstellen der Währungsunion anzugehen:

Der Euro-Rettungsschirm ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) kann seit 2012 Kredite an eigentlich solvente Länder vergeben, die am regulären Finanzmarkt aber nicht mehr genug Vertrauen genießen, um sich zu vertretbaren Zinsen zu refinanzieren. Weil die ESM-Kredite mit Reformauflagen verbunden sind, üben sie zugleich disziplinierende Wirkung aus.

Die Bankenunion wurde 2014 ins Leben gerufen. Ihre beiden wichtig-

Staatsverschuldung: Griechenland und Italien bleiben Sorgenkinder

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



ten Eckpfeiler sind die einheitliche Bankenaufsicht über Großbanken durch die EZB und der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus SRM (Single Resolution Mechanism) für insolvente Geldhäuser. Hauptansatzpunkt des SRM ist, die Steuerzahler bei einer Bankenrettung außen vor zu lassen. Stattdessen haften zunächst Anteilseigner, Kreditgeber und Großkunden, bevor ein von den Euro-Ländern gemeinsam befüllter Abwicklungsfonds in Anspruch genommen werden kann.

Strukturreformen in den Krisenländern leisteten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Eurozone. Spanien beispielsweise

hat konsequent seinen Arbeitsmarkt liberalisiert.

Die Reformbemühungen waren durchaus erfolgreich. Am deutlichsten zeigt sich das darin, dass die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum im März dieses Jahres nur noch bei 7,7 Prozent lag. Sie ist damit auf den niedrigsten Stand seit September 2008 gefallen – jenem Monat, in dem die US-Investmentbank Lehman pleite ging und die globale Finanzkrise ausbrach.

Zudem sind die Leistungsbilanzen von Irland, Italien, Spanien und Portugal seit 2014 wieder ins Plus gedreht und es ist gelungen, die in der Krise stark gestiegene Staatsver-

schuldung wieder etwas einzudämmen (Grafik Seite 8):

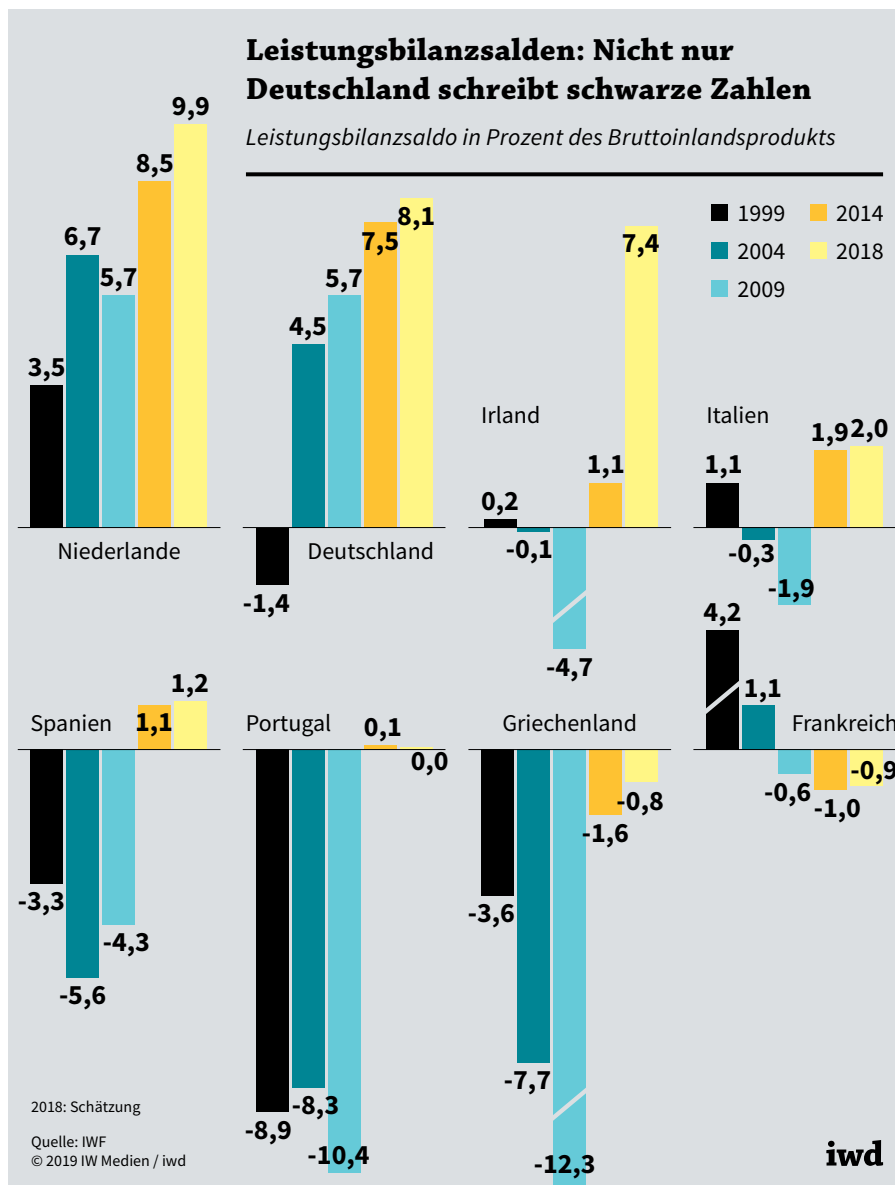
Die Schuldenquote des Euro-raums betrug 2018 knapp 87 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das waren gut 7 Prozentpunkte weniger als 2014.

Zwar ist die im Euro-Stabilitäts-pakt vorgesehene Obergrenze von 60 Prozent noch weit entfernt, gleichwohl haben einzelne Länder wie Irland, Spanien, Portugal und nicht zuletzt Deutschland teils beachtliche, teils zumindest kleinere Erfolge beim Schuldenabbau erzielt.

Griechenland und Italien dagegen kommen beim Schuldenabbau nicht voran. Im Gegenteil: Griechenlands Staatsschuldenquote markierte 2018 mit 182,5 Prozent sogar einen neuen Rekord. Und Italien ist mit seiner mangelnden Haushaltsdisziplin und seinen angeschlagenen Banken schon wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung derzeit das wohl größte Risiko für die Währungsunion.

Braucht die Eurozone vor diesem Hintergrund weitere Reformen, um für künftige Gefahren gerüstet zu sein? Diskutiert wird in jüngerer Zeit über neue Geldtöpfe wie einen Schlechtwetterfonds als Überbrückungshilfe in konjunkturellen Krisenzeiten, eine europäische Arbeitslosen-Rückversicherung und die im Zuge der Bankenunion eigentlich vorgesehene gemeinsame Einlagensicherung. All dies stößt jedoch in vielen nordeuropäischen Euroländern auf wenig Gegenliebe, weil die weitere Vergemeinschaftung von Risiken Reformanreize zu mindern droht.

Sinnvoller wäre stattdessen ein stärkerer Fokus der Strukturförderung auf Forschung und andere zukunftsgerichtete Investitionen sowie eine Stärkung des Euro-Stabilitätspakts – und zwar auch durch das konsequente Verhängen von Sanktionen bei Verstößen.



#Cybersicherheit

Gefährlicher als Panzer

Cyberkriminalität. Im Sekundentakt greifen Hacker Unternehmen und Institutionen in der EU an und verursachen Schäden in Milliardenhöhe. Nur gemeinsam können sich die Mitgliedsstaaten gegen die wachsende Gefahr aus dem Netz wehren. Neue Beschlüsse auf EU-Ebene sollen dazu beitragen.

Der Strom fällt aus, Betriebe stehen still, der Verkehr bricht zusammen: Cyberangriffe können dramatische Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben. Besonders anfällig ist die Europäische Union mit ihren eng vernetzten Mitgliedsstaaten:

17 EU-Länder hatten seit 2004 mit Wahlmanipulationen via Internet zu kämpfen (siehe Interview Seite 11).

In acht von zehn europäischen Unternehmen kommt es jedes Jahr mindestens zu einem Vorfall, der die Cybersicherheit betrifft.

Rund 500 Milliarden Dollar Schaden verursachen Hackerangriffe jedes Jahr weltweit. Besonders betroffen ist der Hightech-Sektor (Grafik):

Unternehmen wie IBM oder SAP entgehen in den kommenden fünf Jahren voraussichtlich insgesamt 750 Milliarden Dollar Umsatz durch Cyberattacken.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, sagte in seiner Rede zur Lage der Union 2017: „Cyberangriffe können unter Umständen gefährlicher sein für die Stabilität von Staaten und

Unternehmen als Panzer und Gewehre.“ Doch einen Staatenverbund wie die EU zu schützen, ist besonders schwierig. Denn der Kampf gegen die Cyberkriminalität ist ungleich: Ein Hacker muss nur ein kleines Schlupfloch finden, um durch dieses ein riesiges Netzwerk zu infiltrieren. Auf diese Gefahr muss die EU vorbereitet sein.

Im April dieses Jahres hat das EU-Parlament deshalb beschlossen, das digitale Immunsystem der Union durch ein – noch zu gründendes – Kompetenzzentrum für Cybersicherheit sowie ein Netz nationaler Koordinierungsstellen zu stärken.

Zudem wird die Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) zu einer schlagkräftigeren EU-Agentur für Cybersicherheit ausgebaut. Sie soll Mitgliedsstaaten, EU-Institutionen und Unternehmen helfen, sich gegen Angriffe zu wehren. Mit ihrem Cybersecurity Act von 2018 will die EU außerdem einheitliche IT-Sicherheitsstandards für internetfähige Produkte wie Router, aber auch Kühlschränke oder Industriemaschinen flächendeckend einführen.

Cyberangriffe kennen keine Grenzen, Regulierungen und Strafverfolgung schon. Deshalb ist es besonders wichtig für die EU-Mitglieder, ihre Kompetenzen zu bündeln und sich im Kampf gegen Hacker zu vereinen. Dazu gehört auch, Informationen über erfolgte Angriffe auszutauschen. Da die meisten Unternehmen oder Institutionen jedoch Angst vor Imageschäden haben, schweigen sie lieber.

Unsicherheit kostet Milliarden

So viele Milliarden Dollar Umsatz gehen 2019 bis 2023 weltweit in folgenden Bereichen durch Cyberangriffe schätzungsweise verloren

Daten auf Basis von 4.700 börsennotierten Unternehmen weltweit

Quellen: Accenture Research, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

753

Hightech

642

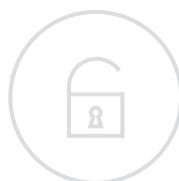
Biowissenschaften

505

Automobil-industrie

385

Konsumgüter und Dienstleistungen



Banking	347
Gesundheit	347
Einzelhandel	340
Versicherungen	305
Maschinenbau	283
Kommunikation und Medien	257

#EUWahl



Foto: IW Medien

„Wir sind besser gewappnet, als es die USA waren“

Interview. Seit 2009 sitzt **Petra Kammerevert** für die SPD im Europäischen Parlament. Seit 2017 ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung. Zudem ist sie Mitglied des WDR-Rundfunkrats und dort seit 2010 Chefin des Programmausschusses. Der iwd sprach mit ihr in Brüssel über Fake News, Wahlbeeinflussung und neue Anforderungen an die Bildungspolitik.

Frau Kammerevert, wie groß ist die Gefahr von Fake News und gezielter Desinformation wirklich?

Es gab schon immer Falschmeldungen oder zumindest Meldungen, die falsch gedreht wurden. Im Internet, vor allem in geschlossenen Gruppen und Foren, fallen diese Fake News aber nicht mehr so schnell auf und können sehr wirksam werden, bevor man ihnen etwas entgegensetzen kann.

Es gibt also Handlungsbedarf. Was tut die Politik?

Wir setzen vor allem darauf, dass Non-Profit-Organisationen überprüfen, ob News korrekt sind oder nicht. Also Plattformen wie „Correctiv“ – etwa 80 entsprechende Initiativen hat die Europäische Kommission momentan auf dem Schirm. Die Politik muss die Unabhängigkeit

dieser Organisationen sicherstellen, sonst können sie schnell in Misskredit gebracht werden. Deshalb unterstützt die Europäische Union sie zwar nicht finanziell – aber mit Technik und Infrastruktur.

Wie hat sich die EU für die kommende Wahl gewappnet?

Mit unserem Aktionsplan gegen Desinformation – unter dem Hashtag #EUvsDisinfo – haben wir hier eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Zum Beispiel hat die EU in Tools zur Datenanalyse und in Fachpersonal investiert, es gibt spezielle Kampagnen, Kontaktstellen und Infomaterialien – auch auf Russisch übrigens.

Bei den Internetriesen setzen wir auf eine Selbstverpflichtung – Google, Facebook, Twitter und Mozilla sind mit an Bord.

Falsche Informationen verbreiten sich bei Twitter deutlich schneller als echte, wie eine Studie zeigt. Hilft da nicht vor allem eines: Bildung?

Natürlich, Bildung und Medienkompetenz sind bei diesem Thema essenziell – für den Nachwuchs, aber auch für Erwachsene.

Allerdings haben wir als EU nur eine koordinierende Aufgabe und wenig echte Gestaltungsspielräume. Wir müssen also dafür werben, europaweite Bildungsstandards zu etablieren. Die Beharrungskräfte in

den Mitgliedsstaaten sind allerdings sehr groß. Wir sehen doch schon in Deutschland, wie lange sich die Länder gegen Bundesmittel aus dem Digitalpakt gewehrt haben.

Schauen wir nach vorn: Bald wird das Europäische Parlament gewählt. Noch immer arbeiten die USA die vermeintliche Beeinflussung der vergangenen Präsidentschaftswahl aus dem Ausland auf. Droht uns Ähnliches?

Ich habe keine Erkenntnisse, dass massenweise Bots oder andere digitale Angreifer auf die Wahl angesetzt sind.

Das hat sicherlich damit zu tun, dass eine Wahlbeeinflussung in der EU mit all den Mitgliedsstaaten sowie verschiedenen Sprachen und Organisationsstrukturen viel aufwendiger zu organisieren ist als bei einer Wahl in einem einzelnen Land.

Aber es liegt sicherlich auch daran, dass wir dank des Aktionsplans und der für uns tätigen Experten besser gewappnet sind, als es die USA waren.



Das ungekürzte Interview mit weiteren Fragen und Antworten zum Nutzen von Selbstverpflichtungen und zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Vermittlung von Medienkompetenz finden Sie unter:

[iwd.de/eu-wahl-interview](https://www.iwd.de/eu-wahl-interview)

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,
 Berit Schmiedendorf,
 Kerstin Schraff,
 Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Top-Liste: Kfz und Katzenfutter

Die Vereinigten Staaten und China sind die beiden wichtigsten internationalen Handelspartner der EU: Die Ein- und Ausfuhren der 28 europäischen Mitgliedsstaaten in die USA beliefen sich 2018 auf annähernd 674 Milliarden Euro, das entspricht rund 17 Prozent des internationalen Handelsvolumens der EU. China kommt mit knapp 605 Milliarden Euro auf gut 15 Prozent. Drittwichtigster EU-Handelspartner ist die Schweiz, auf die knapp 7 Prozent des Warenverkehrs entfallen. Zu den EU-Verkaufsschlägern gehören Maschinen und Fahrzeuge, sie machten zuletzt 41 Prozent der EU-Ausfuhren aus. Erstaunlich oft wird auch Hunde- und Katzenfutter exportiert, beides generierte 2018 immerhin einen Umsatz von gut 1,3 Milliarden Euro – der Großteil davon ging nach Russland, Japan und in die Schweiz.

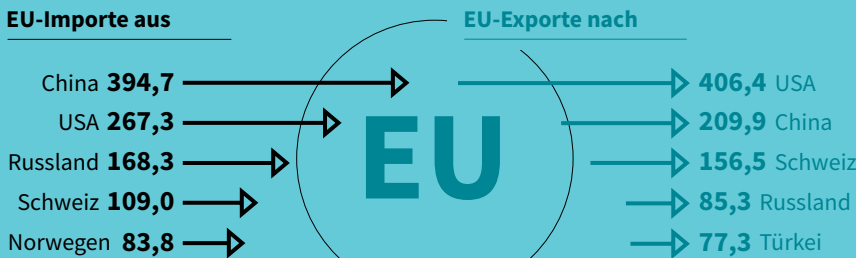
Zahl der Woche

Auf rund **40**
Milliarden Euro

jährlich würden sich die Einkommensverluste der EU-27 belaufen, falls es zu einem harten Brexit käme. Noch stärker wäre die Belastung für Großbritannien selbst: Laut Bertelsmann Stiftung müsste das Vereinigte Königreich aufgrund steigender Handelskosten, geringerer Produktivität und höherer Preise mit Verlusten von mindestens 57 Milliarden Euro pro Jahr rechnen. Andere Länder würden von einem Austritt Großbritanniens aus der EU aufgrund veränderter Warenströme dagegen profitieren. Im Falle eines harten Brexits würden den Bertelsmann-Berechnungen zufolge die Einkommen in China um rund 5 Milliarden Euro pro Jahr steigen, in den USA sogar um 13 Milliarden Euro.

Die größten Warenhandelspartner der EU

in Milliarden Euro im Jahr 2018



Quelle: Eurostat
 © 2019 IW Medien / iwd



Neu auf iwd.de: Die EU und Du

Die Europawahl steht vor der Tür und viele stellen sich die Frage, ob der Staatenbund überhaupt Vorteile bringt. Die Antwort lautet eindeutig: Ja. In unserer Datenstory auf iwd.de/eu-und-du zeigen wir für zwölf Themengebiete, welche Auswirkungen die EU hat – auch auf jeden Einzelnen.

